

Zum Artikel von Michael Ortner,
10. Februar

Zersiedelung und hohe Flächenverbauung

Zu dieser Problematik gibt es derzeit im Architekturzentrum Wien (täglich 10 bis 19 Uhr) eine sehr informative Ausstellung: „Boden für alle“. Leider ist daraus ersichtlich, dass sich in Österreich kaum etwas ändern wird, durch die Zersplitterung der Kompetenzen.

DI Helga Drescher,
per E-Mail

Zum Leserbrief von Erich
Visotschnig, 6. Februar

Corona-Krawalle in den Niederlanden

Erich Visotschnig will uns erklären, wie man Ausschreitungen in den Niederlanden (nach Protesten gegen Anti-Corona-Maßnahmen der Regierung, Anm.) verhindern kann. Er behauptet, die Randalierer seien von einem Konflikt zwischen Unzufriedenen mit den „autoritären Kräften“ in unserem Land verursacht.

Bei uns gibt es jedoch überhaupt keine „autoritären Kräfte“. Im Gegenteil: Unsere Regierung drängt ständig auf unsere „eigene Verantwortung“ und ist dabei eher zu locker als zu streng. Die Krawalle kamen nicht von einer Mehrheit der Niederländer, sondern vom „tuig“ (= Gesindel, Pöbel) wie unser wütender Premierminister sagte, und dieses „tuig“ repräsentiere vielleicht ein Prozent der Bevölkerung.

Dr. Reinildis van Ditzhuyzen,
Zutphen (Geldern, Niederlande)

Zur Kolumne von Robert
Sedlacek, 27. Jänner

Mythen rund um das „Meidlinger L“

Vor einiger Zeit hörte ich im Radio den deutschen/bairischen Kabarettisten Gerhard Polt, welcher irgendwie auf das Thema zu sprechen kam: Es gibt kein „Meidlinger L“, es gäbe bloß das „Rheinische L“, welches man vor Ort, mit der Muttermilch mitbekäme – ansonsten sei es unerlernbar.

Prof. Ferdinand Kovarik,
1160 Wien



Ein Votum für die Natur

Zwei wegweisende Abstimmungen in Ecuador: Das Land stellt Naturschutz in den Vordergrund.

Gastkommentar

von Miriam Lang

Vorigen Sonntag fanden in Ecuador nicht nur Präsidentschaftswahlen statt. Cuenca, die drittgrößte Stadt des südamerikanischen Landes, stimmte auch per Volksentscheid gegen eine Reihe von Mega-Bergbauprojekten im Quellgebiet von fünf Flüssen ab, die das Stadtgebiet mit Wasser versorgen. In dem Gebiet, das direkt an einen von der Unesco zum Biosphärenreservat erklärten Nationalpark angrenzt, befinden sich mehr als 4.000 große und kleine Gewässer im empfindlichen Ökosystem Páramo, das in den Anden als Wasserspeicher fungiert. Dennoch waren Konzernen aus Kanada, Australien, Peru, Chile und anderen Staaten bereits insgesamt 43 Konzessionen für das Schürfen verschiedener Metalle erteilt worden.

14 Basisorganisationen hatten das Referendum, das im September vom Verfassungsgericht genehmigt worden war, über den Stadtrat von Cuenca eingebracht. Mehr als 80 Prozent der Wahlberechtigten stimmten am Sonntag für ein Verbot des industriellen Bergbaus in diesem Teil des Anden-Hochlandes. Ein klares demo-

kratisches Mandat im Sinne der Verfassung von 2008, die die Rechte der Natur festschreibt.

Da das Ergebnis des Referendums laut Verfassung rechtlich bindend ist, wird der nächste Präsident es umsetzen müssen. Viele der 16 Präsidentschaftskandidaten setzten im Wahlkampf klar auf eine Ausweitung des Bergbaus, um das Land aus der Wirtschaftskrise zu führen. Nur einer sprach sich eindeutig gegen Bergbau und eine Ausweitung der Ölförderungsgrenze im Amazonas-Gebiet aus: Yaku Perez Guartambel, der Kandidat der indigenen Bewegung und ihrer politischen Organisation Pachakutik.

Er könnte es in die Stichwahl am 11. April gegen den politischen Erben von Ex-Präsident Rafael Correa, Andrés Arauz, schaffen. Dieser kam in Runde eins auf 32,2 Prozent, weit dahinter folgt Perez Guartambel nach Auszählung von 97,5 Prozent der Stimmen mit 19,8 Prozent nur ganz knapp vor dem neoliberalen Bankier Guillermo Lasso (19,6 Prozent). Erstmals in der Geschichte Ecuadors hat also ein indigener Kandidat, der aus Basisorganisationen kommt, eine Chance, Präsident zu werden. Das ist jetzt schon ein enormer symbolischer Erfolg für die indigene Bewegung,

die zuletzt im Oktober 2019 mit einem Aufstand gegen die Liberalisierung der Benzin- und Dieselpreise Schlagzeilen gemacht hat.

Zwei verschiedene Auslegungen von „links“

Eine Stichwahl mit Arauz und Perez Guartambel würde zwei verschiedene Auslegungen dessen miteinander konfrontieren, was in Lateinamerika als „links“ definiert wird: eine populistische, autoritäre Linke im Gefolge Correas, die 2007 bis 2017 an der Macht war und auf eine Ausweitung des Extraktivismus setzte, um eine Modernisierung der Infrastruktur und Sozialprogramme zu finanzieren, und mehr Gleichheit versprach, allerdings um den Preis der Naturzerstörung und einer faktischen Einschränkung demokratischer Mitbestimmungsrechte; und eine interkulturelle, ökologische Linke, die vor allem Jüngere anspricht, auf Themen wie Klimawandel und den Erhalt des Regenwalds setzt und sich auf die große indigene Bewegung der 1990er und deren basisdemokratische Politikform bezieht.

Ecuador ist eines der Länder mit der weltweit größten Biodiversität. In Zeiten massiven Artensterbens könnte ein wirtschaftspolitischer Kurs, der Bergbau und

Ölförderung forciert, unkalkulierbare Folgen weit über das kleine Land hinaus haben. Die Pandemie führte in ganz Lateinamerika zur Ausweitung und Beschleunigung naturzerstörerischer Aktivitäten in einer legalen Grauzone, da umweltpolitische Kontrollen weitgehend ausgesetzt wurden. Gleichzeitig hat sie sehr deutlich gemacht, dass das Vordringen kapitalistischen Raubbaus in fragile Ökosysteme große Gefahren für die Menschheit birgt.

Auch in dieser Hinsicht ist die Tatsache, dass sich in Cuenca eine ganze Stadtbevölkerung, und nicht nur eine unmittelbar betroffene ländliche Gemeinde, gegen Bergbau ausgesprochen hat, wegweisend. Sie ebnet den Weg, um über den so dringend benötigten grundlegenden wirtschaftspolitischen Kurswechsel zu diskutieren, der lebenserhaltende Aspekte wie Ernährungssouveränität und sauberes Wasser über die Imperative des Weltmarkts stellt. ■

Zur Autorin

Miriam Lang lebt seit 2006 in Ecuador und ist Professorin für Umwelt- und Nachhaltigkeitsstudien an der Universidad Andina Simon Bolivar in Quito.

Stärkung der regionalen Handlungsebene

Gastkommentar

von Martin Heintel

Der Autor ist Professor am Institut für Geografie und Regionalforschung der Universität Wien. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Stadt- und Regionalentwicklung.

Österreich ist ein föderaler Staat. Die jeweiligen Bundesländer sind in Österreich im Bereich der Raumplanung für die Gesetzgebung auf überörtlicher und örtlicher Ebene verantwortlich. Auf kommunaler Ebene ist der Gemeinderat als politischer Akteur die Raumordnungsbehörde erster Instanz und für die Flächenwidmung und die Bebauungspläne auf dem Gebiet der eigenen Gemeinde verantwortlich. Ein Bundesraumordnungsgesetz fehlt bis heute. Das Resultat dieser Voraussetzungen bringt fragwürdige Umwidmungen mit individuellen Widmungsgewinnen, Flächenverbrauch und Gemeindekonkurrenzen bei Fragen der Betriebsansiedlungspolitik mit sich – um nur einige prekäre Punkte der jüngeren Entwicklung zu nennen. Politisch administrative Grenzen zwischen Bundesländern und zwischen Gemeinden verstellen zudem die Handlungs- und Verflechtungspraxis unserer Gesellschaft. Mobilität, Freizeitverhalten, Ausbildung, Multiloka-

lität und Arbeitswelt bilden Grenzüberschreitungen ab. Diese bedeuten hierbei, Möglichkeiten und Teilhabe zu wahren. Gleichzeitig spiegelt sich jedoch die Praxis der täglichen Grenzüberschreitungen in Verflechtungsregionen bisher nicht oder zu wenig im Kooperationsverhalten benachbarter Gemeinden oder zwischen Stadt und Stadtumland wider. Interkommunale Raumentwicklung ist in Österreich ein Schlagwort, das mehr in den Uni-Hörsälen als in der politischen Handlungspraxis der Kommunen ventiliert wird. Warum fällt es so schwer, der gelebten Praxis kooperative Strukturen begleitend zur Seite zu stellen? Nun, Kooperation kann nicht verordnet werden, jedenfalls nicht mit einer Erfolgsgarantie. Widersprüche, regionale Identitäten, Misstrauen und

solitäre Scheinlösungen zum individuellen Vorteil sind keine Treiber von Kooperationen und spielen häufig in Fragestellungen zur räumlichen Entwicklung mit hinein. Zudem spürt die Politik als Akteur wenig diesbezügliche Ambition, sie sieht vielmehr Entscheidungsmacht auf politisch-administrativer Ebene schwinden, statt emotionale, fachliche und ressourcenmäßige Entlastung zu sehen. Wie kann nun dieses Dilemma in Zukunft stärker konstruktiv aufgenommen werden? Juristisch ist eine gesetzmäßige Entlastung der kommunalen Ebene überfällig. Bei den Leitbildern gilt es, interkommunale Raumentwicklung noch besser abzubilden. Auf politischer Ebene gilt es, Verflechtungskontexte im Raum auch räumlich wahrzunehmen, sowohl politisch als auch in der Umset-

zung. Regionsparlamente in einer Stadtregion und grenzüberschreitende öffentliche Verkehrsmittel etwa dürfen kein Tabu mehr sein. Auch gilt es, ein neues kollektives Lernverständnis zu entwickeln, um Interaktionen im Raum und deren Steuerung besser abzubilden, Brücken zu bauen und Partikularinteressen in Relation zu gesellschaftlichem Mehrwert zu stellen. „Kooperative Stadt- und Regionalentwicklung“ soll kein Schlagwort, sondern gelebte Realität der handelnden Akteure werden. Dies bedarf auch entsprechender Begleitung und Reflexion im Rahmen von Aus- und Weiterbildung in diesem Bereich, für ein Commitment als Voraussetzung für kooperatives Handeln schafft. In Krisenzeiten wird gern der Begriff der Resilienz strapaziert. In die Zukunft geblickt: Regionen werden dann krisenfester sein, wenn Kooperation über Verwaltungsgrenzen hinweg gelingt. Hierbei geht es nicht nur um Fragen der Krisenbewältigung, sondern auch der Solidarität im Sinne eines Gemeinwohls.

Für Resilienz braucht es Kooperation über Verwaltungsgrenzen hinweg.